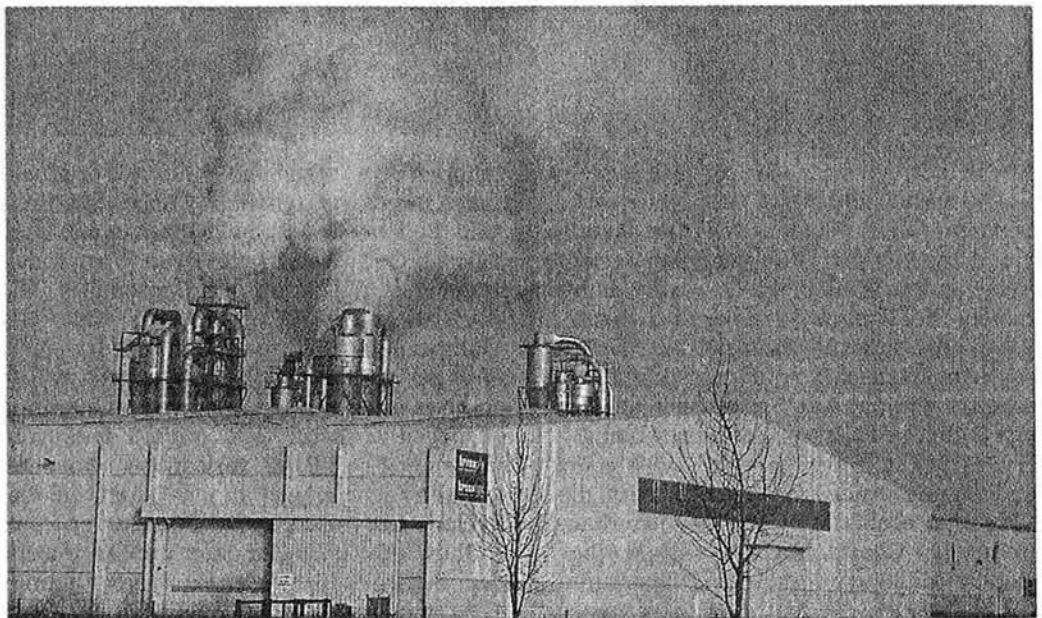


„Keine Schwarz-Weiß-Malerei“

Heiligengrabe: Kronoply plant Kraftwerk / BUND sieht Risiken

■ **Heiligengrabe (ge).** Das Heiligengraber Unternehmen Kronoply trägt sich mit dem Gedanken, ein Kraftwerk für Ersatzbrennstoffe auf seinem Firmengelände zu errichten. Noch ist die Entscheidung für den Bau einer solchen Anlage nicht gefallen, doch die in der Schweiz ansässige Krono-Gruppe will nach umfangreichen Voruntersuchungen Anfang 2008 für oder gegen das Projekt entscheiden. Das Kraftwerk, in dem jährlich bis zu 400 000 Tonnen Ersatzbrennstoffe aus Siedlungs- und Gewerbeabfällen verfeuert werden könnten, soll die Strom- und Heizkosten des Heiligengraber Standortes senken und damit den deutschen Standort auf Dauer sichern.

„Kronoply beschäftigt etwa 1500 Menschen aus der Region und ist damit für uns nicht nur ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, sondern auch ein Garant für den Wohlstand von etwa 1000 Familien“, so Heiligengrabes Bürgermeister Holger Kippenhahn. „Dies bedeutet nicht, dass wir der Krono-Gruppe einen Freibrief für ihr Handeln ausstellen. Ganz im Gegenteil: Wir legen großen Wert darauf, dass die Interessen der Bürger in der Gemeinde gewahrt werden, doch wir sehen auch die Chance, die Kronoply der Gemeinde bietet“, ergänzt Kippenhahn. Als größter Steuerzahler würde ein Weggang von Kronoply in Rich-



Damit die Schornsteine in Heiligengrabe weiter rauchen können, will Kronoply ein eigenes Kraftwerk errichten. Foto: Elstermann (Archiv)

tung Osten schwerwiegende Folgen für die Gemeinde und die gesamte Region haben, schätzt der Bürgermeister ein und ergänzt: „Kronoply hat bei dem Vorhaben von Anfang an mit offenen Karten gespielt und zugesichert, die Gemeinde und die Bürger umgehend über alle Pläne zu informieren. Wir sollten also in Ruhe abwarten und gemeinsam nach der besten Lösung suchen.“

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) hat sich am 10. Januar kritisch zu den Kronoply-Plänen geäußert und den vorgeschlagenen Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung kritisiert. Zwar ent-

spricht die geplante Rauchgasreinigungsanlage dem Stand der Technik und so wird die Einhaltung der Grenzwerte der 17. Verordnung zum Bundesimmissionsschutzgesetz gewährleistet, doch gibt der BUND zu bedenken, dass es wesentlich bessere Abscheidetechniken gibt. „Mehrstufige Filteranlagen sind in der Lage, den Ausstoß von Schadgasen erheblich unterhalb der Grenzwerte zu reduzieren und dies wird bereits in vielen Abfallverbrennungsanlagen in Deutschland umgesetzt.“ Als unumgänglich wird weiterhin vom BUND eine Ermittlung der Vorbelastung durch die jahrelange Lami-

natproduktion von Kronoply eingefordert. „Es muss ermittelt werden, ob eine weitere Zusatzbelastung überhaupt verträglich ist.“ Der BUND fordert deshalb die Bürger auf, im Rahmen des Genehmigungsverfahrens von ihrem Beteiligungsrecht Gebrauch zu machen. Auch für Bürgermeister Kippenhahn spielt die Bürgerbeteiligung eine wichtige Rolle. „Aufklärung und die gemeinsame Suche nach der besten Lösung sind notwendig, wenn wir dieses große Projekt zum Erfolg für alle führen wollen. Mit Schwarz-Weiß-Malerei und unnötiger Panikmache vor der Entscheidung ist niemandem geholfen.“